



MdB Alexander Föhr

Bericht aus Berlin

Februar 2024



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche fand die Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag statt. Die Reden der Holocaust-Überlebenden Eva Szepesi und des Sportjournalisten Marcel Reif haben mich zutiefst berührt. Angesichts des Erstarkens der AfD und den Angriffen der Hamas auf Israel hatte die Gedenkstunde in diesem Jahr eine ganz besondere Bedeutung.

Nach langem Chaos hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche nun doch den Haushalt 2024 verabschiedet. Es war eine hitzige und leider an manchen Stellen auch polemische Debatte. Deutlich wurde wieder, dass Rot/Grün/Gelb stur an seiner konzeptlosen Schuldenpolitik festhalten, die Augen vor den Problemen im Land verschließt und keine Lösungen anbietet. Die Verantwortung für die schwierige gesellschaftliche wie wirtschaftliche Situation liegt natürlich bei anderen – von Selbstkritik keine Spur. Deutlich wurden in der Debatte aber die eklatanten Risse innerhalb der Koalition.

Ich hoffe sehr, dass bei der nächsten Bundestagswahl der Regierungsauftrag wieder an die CDU/CSU geht, denn die Union hat die besseren Antworten auf die großen Herausforderungen. Wer die große Generaldebatte nicht verfolgen konnte, kann sie [hier nachlesen](#) oder [anschauen](#).

Ihr



MdB Alexander Föhr



Orientierungslosigkeit in Zahlen

Bundeshaushalt 2024 – Willkürliche Belastungen statt echtem Sparpaket

Die Beratungen zum Bundeshaushalt 2024 waren chaotisch. Nun wurde verspätet ein Haushalt 2024 verabschiedet, der nicht zu einer Aufbruchstimmung in Deutschland führen, sondern bei vielen Bürgern und Unternehmen für Frust und Angst um die eigene Existenz sorgen wird. Der Bundeshaushalt 2024 hat ein Volumen von 477 Milliarden Euro und liegt damit noch einmal 20 Milliarden Euro über dem Vorjahresniveau, bei einer Neuverschuldung von 39 Milliarden Euro. Damit schöpft die Koalition die maximal zulässige Neuverschuldung nach der Schuldenbremse von rund 22 Milliarden Euro vollständig aus und dehnt den Spielraum durch angebliche finanzielle Transaktionen noch erheblich aus, etwa für die Aktienrente mit 12 Milliarden Euro. Der mit Abstand größte Etat ist erneut der Sozialetat mit Ausgaben von rund 175,6 Milliarden Euro - davon gehen große Teile in die Rentenversicherung, dazu kommen zum Beispiel Ausgaben für das Bürgergeld. Auch gekürzt wurde, während in Europa Krieg herrscht, bei der Bundeswehr. Gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsentwurf musste das Verteidigungsministerium jetzt 500 Millionen Euro einsparen. Gleichzeitig werden Mittel aus dem Sondervermögen Bundeswehr, das für bedeutsame und langjährige Ausrüstungsvorhaben verwendet werden sollte, von der Ampel durch die Mischfinanzierung des Verteidigungsetats zweckentfremdet. Die größten Einsparungen verglichen mit dem Vorjahr gibt es im Gesundheitsministerium, weil viele Corona-Ausgaben wegfallen.

Insgesamt wurde statt eines versprochenen „Sparpakets“ ein enormes „Belastungspaket“ mit Steuer- und Abgabenerhöhungen für Bürger und Wirtschaft verabschiedet. Echte Einsparungen hingegen muss man mit der Lupe suchen. Die Ministerien leisten gerade einmal einen



MdB Alexander Föhr

Sparbetrag von 1,4 Milliarden Euro, ansonsten agiert die Bundesregierung mit Verschiebebahnhöfen, Hoffnungswerten und Einnahmeverbesserungen durch höhere Belastungen.

Das Handeln der Ampel zeigt zudem eine soziale Schieflage. Während beispielsweise rund 2,5 Milliarden Euro für die 12 %ige Erhöhung des Bürgergeldes zur Verfügung gestellt werden, wird den Bauern die Agrardieselmrückvergütung gestrichen. Den Menschen, die für die Ernährungssicherheit sorgen, wird ein Sonderopfer zur Haushaltssanierung abverlangt. Insgesamt ist zu befürchten, dass die Vielzahl der Steuer- und Abgabenerhöhungen Bürger und Unternehmen überfordert. Es geht um einen deutlich zweistelligen Milliardenbetrag durch die Ampel-Maßnahmen: Erhöhung der Lkw-Maut, höherer CO₂-Preis, Abschaffung der Agrardieselmrückvergütung, Erhöhung der Luftverkehrsabgabe, Einführung einer Plastikabgabe, Rücknahme der ermäßigten Mehrwertsteuer bei Gastronomie und Gas.

Gleichzeitig sind die Sozialversicherungsbeiträge in der Kranken- und Pflegeversicherung in vielen Fällen gestiegen. Erheblich gekürzt wird der Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung. Beitragssteigerungen dürften die Folge sein.

Eine aktive, zukunftsgerichtete haushaltspolitische Strategie ist im Haushalt 2024 nicht zu entdecken. In dieser Koalition geht es immer nur darum, den Burgfrieden sicherzustellen, indem jeder etwas bekommt. Es müssten aber große Ausgabenblöcke wie beispielsweise das Bürgergeld in den Blick genommen und dadurch reduziert werden, dass größere Anreize für eine Arbeitsaufnahme gesetzt werden. Stattdessen werden Konsolidierungsbedarfe durch die Erhöhung von Steuern und Abgaben vermeintlich gelöst und damit die breite Bevölkerung zusätzlich belastet.

Tatsächlich müssten jetzt die Grundlagen dafür gelegt werden, dass in Deutschland Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze gesichert und die richtigen Antworten auf die geo- sowie sicherheitspolitischen Herausforderungen gegeben werden. Die Koalition gibt sie mit diesem Haushalt nicht.

Im Haushalt und der verbundenen Debatte hat sich einmal mehr gezeigt, dass gerade die SPD und die Grünen vergessen haben, dass das zu verteilende Geld von Bürgerinnen, Bürgern und den Unternehmen in Deutschland erarbeitet wird und nicht einfach vom Himmel fällt. Es ist damit das Geld der Bürgerinnen und Bürger, und nicht das des Staates. Dieser bekommt das Geld in dem Vertrauen darauf, dass die Regierung es sinnvoll und verantwortungsbewusst einsetzt, vor allem zum Schutz der Freiheit im Äußeren und der Wahrung des Wohlstands im Innern. Die jetzige Regierung wird diesem Auftrag nicht gerecht. Das verspielt Vertrauen, denn schließlich waren die Steuereinnahmen noch nie so hoch wie jetzt. Wir haben also kein Einnahme- sondern ein deutliches Ausgabeproblem.



MdB Alexander Föhr

„Nie wieder ist jetzt“

Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus



Zahlen und Debatten um Haushaltsposten wurden am Mittwoch, den 31. Januar im Deutschen Bundestag für eine Stunde völlig nebensächlich. Zum Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 sprachen die Holocaust-Überlebende Eva Szepesi und der Sportjournalist Marcel Reif als Vertreter der Nachfolgeneration zu den Abgeordneten.

Eva Szepesi war erst zwölf Jahre alt, als sie von Soldaten der Roten Armee aus dem Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau befreit wurde. Die Schilderung ihrer Erlebnisse vor der Deportation in das Lager, ihr dortiges Martyrium und ihrer Befreiung haben mich zu tiefst berührt.

Ein halbes Jahrhundert schwieg sie über ihre Erlebnisse im Holocaust, brach erst zum 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz 1995 ihr Schweigen. Inzwischen sei es zu ihrer Lebensaufgabe geworden, für all diejenigen zu sprechen, die nicht mehr sprechen können. Deswegen sollten wir alle auch genau zuhören, wenn sie vor Rechtsextremismus, vor Antisemitismus und Judenhass warnt, der nach dem blutigen Hamas-Überfall auf Israel am 7. Oktober 2023 neu entflammt ist. Die 91-jährige zeigte sich entsetzt über die Gräueltaten der palästinensischen Attentäter, aber auch über Sympathiebekundungen hierzulande, nicht zuletzt über das „laute Schweigen aus der Mitte der Gesellschaft“.

„Die Schoah begann nicht mit Auschwitz. Sie begann mit den Worten, mit dem Schweigen und dem Wegschauen der Gesellschaft“, mahnte sie. „Wer schweigt, macht sich mitschuldig.“ Szepesi sei zwar erleichtert, dass in den vergangenen Wochen zahlreiche Menschen gegen Rechtsextremismus auf die Straße gegangen sind, wichtig sei aber auch, dass jeder einzelne antisemitischen Äußerungen widerspräche.

Marcel Reif, der als Vertreter der zweiten Schoah-Generation an der Gedenkstunde teilnahm, würdigte die Tatsache, dass Szepesi Deutschland „mit unfassbar großem Herzen eine zweite Chance“ gegeben habe. Diese zweite Chance dürfe „niemals und nirgends vertan werden“. Das „Nie Wieder“, das Deutschland sich auf seine Fahnen geschrieben hat, müsse „gelebte und unverrückbare Wirklichkeit werden“, sagte Reif, dessen Vater den Holocaust nur knapp überlebt und zeitlebens über seine Erfahrungen geschwiegen hatte. Was der Vater ihm aber mit auf den Weg gegeben habe, sei die Essenz seiner Erfahrung gewesen – der Appell: „Sei ein Mensch!“



China-Kompetenz war nie wichtiger Junge Sinologen aus Heideberg zu Besuch um Bundestag

China hat sich verändert. Es ist nicht mehr nur Partner, sondern immer stärker Wettbewerber und systemischer Rivale. Um weiter mit China zusammenarbeiten zu können, müssen wir es besser verstehen und klarer mit seinen politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Vertretern kommunizieren können.

Sowohl im Koalitionsvertrag als auch in der China-Strategie der Bundesregierung werden der Auf- und Ausbau der Chinakompetenz gefordert. Dazu gehören Sprachkenntnisse, interkulturelle Fähigkeiten, ein Grundverständnis von Chinas Wirtschaft, Politik, moderner Geschichte und Gesellschaft sowie berufsspezifisches Wissen. Die Größte Schwierigkeit stellt dabei die Komplexität der chinesischen Sprache dar. Die Abbrecherquote bei Studierenden der Sinologie ist hoch.

Dass diese Hürde erfolgreich überwunden werden kann, haben mir Studenten aus Heidelberg unter Beweis gestellt. Mit ihrer Dozentin Marina Rudyak, die lange in China gearbeitet hat, am Institut für Sinologie forscht und lehrt, war die Gruppe zur Studienreise in Berlin und zu Gast im Bundestag, bei Botschaften, Medienvertretern und Think-Tanks.

Über den Austausch habe ich mich sehr gefreut und nehme viele Vorschläge als Impulse mit in die Ausschussarbeit. Es ist höchste Zeit, dass die Umsetzung der China-Strategie an Fahrt gewinnt. Oder, um mich den Worten von Frau Rudyak zu bedienen: Wir brauchen mehr strategische Empathie im Verhältnis zu China.



Ideen für eine bessere Schulbildung

Austausch mit Vertretern der Bundesschülerkonferenz

Die zu oft mangelhafte Ausstattung der Schulen, aber auch die im internationalen Vergleich schlechten Leistungen der Schülerinnen und Schüler sind leider ein Dauerthema in unserem Land.

Mit Florian Fabricius und Fabian Schön, dem Generalsekretär und dem Finanzkoordinator der Bundesschülerkonferenz (BSK), habe ich darüber diskutiert, wo Veränderungen nötig sind und auch, welche Akteure in der Verantwortung stehen. Wie schaffen wir es, dass digitale Lernmethoden besser genutzt werden, dass Lehrkräfte mehr Zeit für das Lehren und für Fortbildungen haben, dass junge Menschen bei mentalen Problemen schnell Unterstützung erhalten und, für mich ebenfalls wichtig, dass mehr Schüleraustauschprogramme angeboten werden. Ich verstehe, dass Schülerinnen und Schüler eine gute Ausbildung einfordern und der Verweis auf den Föderalismus für sie oft wie eine Ausrede klingen mag. Auch deswegen bin ich im Gespräch konkret geworden: Die Zuständigkeit für die schulische Bildung muss im Sinne der Subsidiarität bei den Ländern und den Kommunen bleiben. Sie sind vor Ort, sie wissen am besten, an welchen Stellschrauben gedreht werden, welche Besonderheiten berücksichtigt werden müssen. Gleichzeitig steht der Bund in der Verantwortung, den Ländern und Kommunen die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen, damit die Schulen vor Ort ausreichend finanziert werden können. Was wir ganz sicher nicht brauchen, ist ein Bund, der Gelder erst einzieht und dann mit viel bürokratischem Aufwand und Ausschreibungen wieder verteilt. Auch liegt es nicht in der Hand der Länder, wie die Zuwanderung geordnet wird. Migration ist nicht Grund für schlechte Schulleistungen, mangelnde Sprachkenntnisse jedoch sind es.



MdB Alexander Föhr

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie in Zukunft diesen Newsletter direkt in die E-Mail eingebettet und an Bildschirm, Tablet oder Smartbeziehen angepasst erhalten möchten, melden Sie sich bitte über meine Homepage an. Über diesen [Link](#) kommen Sie direkt auf die entsprechende Seite. Geben Sie den Link auch gerne weiter!

KONTAKT

Berliner Büro

Anschrift: Platz der Republik 1, 11011 Berlin

E-Mail: alexander.foehr@bundestag.de

Telefon: 030 227 75830

Wahlkreisbüro

Anschrift: Gewerbestraße 2-4, 69221 Dossenheim

E-Mail: alexander.foehr.wk@bundestag.de

Telefon: 06221 608080